

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 7-8

Artikel: Die Schweiz ist als Mitgliedstaat willkommen : Extrawürste werden nicht gebraten
Autor: Brück, Alwin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340629>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beziehungen mit West- und Osteuropa abzuwägen und die Integrationsfähigkeit der Institutionen und Organisationen zu prüfen, deren Mitglied wir sind. Es geht schliesslich vor allem darum, die Mechanismen der Europäischen Gemeinschaft besser kennenzulernen und die Folgen einer eventuellen Mitgliedschaft auf unsere typischen Institutionen (wie Föderalismus und direkte Demokratie) abzuschätzen. Wir müssen aber auch die Konsequenzen prüfen, welche eine ablehnende Haltung unseres Landes gegenüber der EG auf

den schweizerischen Arbeitsmarkt haben könnte. Zusammenfassend müssten wir den politischen Preis eines Beitrittes mit den wirtschaftlichen Kosten eines Nichtbeitrittes vergleichen.

Bisher haben wir nicht an die Türe der EG geklopft. Werden wir es tun? Viele Fragen müssen zuerst beantwortet werden. Ich habe nicht die Absicht, Euch einen Standpunkt aufzudrängen. Eine Diskussion über dieses Thema scheint mir aber sehr wichtig für die Sozialdemokratische Partei zu sein. Ich sehe vor allem die folgenden

zentralen Diskussionspunkte:
– die Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit für Personen;

– die Bereiche Umweltschutz und Verkehr;

– und schliesslich die institutionellen und politischen Aspekte wie direkte Demokratie, Neutralität und Rolle der Schweiz in Europa unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitspolitik.

Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.

Die Schweiz ist als Mitgliedstaat willkommen

Extrawürste werden nicht gebraten

Von Alwin Brück

Seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte, deren Hauptziel die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes der zwölf EG-Mitgliedstaaten ist, bin ich oft von Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten der jetzigen Efta-Staaten gefragt worden, wie ich mir denn die Beziehungen zwischen der EG und den Mitgliedsstaaten der Efta nach Verwirklichung des Binnenmarktes vorstelle. Meine Antwort war ganz einfach. Sie lautete: Alle Efta-Staaten sind uns als Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft herzlich willkommen.

Dies will ich auch hier wiederholen: Die Schweiz ist uns als Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft herzlich willkommen.

Und damit könnte ich meine Ausführungen eigentlich schon beenden. Denn dies ist eine klare Aussage nach allen Seiten.

Sie macht deutlich, dass wir keine Vorbehalte gegen eine Schweizer Mitgliedschaft haben, im Gegenteil: Wir, besonders wir Deutschen, würden uns sehr freuen, wenn die Schweiz einen Aufnahmeantrag stellte.

Aber dieser Satz ist auch zugleich eine klare Aussage nach der anderen Seite.

Vorteile und Lasten tragen

Weder die Schweiz noch andere Efta-Mitgliedsstaaten dürfen damit rechnen, dass für sie Extrawürste gebraten werden. Jeder in den Efta-Staaten muss wissen, dass es keine Rosinenpolitik geben kann.

Wer die Vorteile des grossen europäischen Binnenmarktes, und deren gibt es viele, haben will, der muss auch die Lasten mittragen, die der Binnenmarkt mit sich bringt, der muss schlicht Mitglied dieser grossen Solidargemeinschaft wer-

den. Ich stimme EG-Kommissar de Clercq zu, der gesagt hat: «Man kann in einem Club nur voll integriert werden, wenn man Mitglied ist.»

Ich will gleich auch die Gründe nennen, warum wir Deutschen, vor allem aber auch wir deutschen Sozialdemokraten eine Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Gemeinschaft begrüssen würden.

1. Die Schweiz hat eine lange demokratische Tradition; und dieses Europa ist ein demokratisches Europa.

2. Die Schweiz hat eine föderalistische Struktur. Sie zeigt anderen europäischen Staaten, die nicht so sehr an die Stärke der dezentralen Entscheidungen glauben, dass man in einem dezentralen System besser leben kann. Deshalb sehen wir Deutschen in der Schweiz einen guten Verbündeten für die Diskussion innerhalb Europas um dessen innere Gestaltung.

3. Die Schweiz ist ein Land, in

dem Menschen mehrerer Sprachen und auch Kulturen zusammenleben, sie ist sozusagen ein kleines Stück vorweggenommenes Europa. Wir können hier nur lernen. Ich selbst empfehle in Diskussionen immer wieder das Schweizer Beispiel für das künftige Europa, auch mit dem Hinweis darauf, wie liebevoll man die doch so kleine rätoromanische Sprache pflegt.

4. Last but not least: Die Schweiz ist ein reiches Land. Ich will das so ehrlich sagen. Ihre Aufnahme würde uns weniger Probleme bereiten als einst die Aufnahme Griechenlands und Irlands und kürzlich Portugals und Spaniens. Im übrigen gilt das, wenn auch mit Abstrichen, ja für alle Eftaländer.

Für die Europäische Gemeinschaft wäre die Mitgliedschaft der Schweiz ein Gewinn, aber auch umgekehrt für die Schweiz.

Und ich will dem gleich hinzufügen, dass ich der festen Überzeugung bin, dass letzten Endes die Schweiz die Europäische Gemeinschaft mehr braucht als die Europäische Gemeinschaft die Schweiz.

Das ist schon von den Quantitäten, die sich hier gegenüberstehen, leicht zu erklären. Und so bin ich denn hierher gekommen, um für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft zu werben. Als ich gefragt wurde, ob ich denn bereit sei, hier auf Eurer Tagung zu Fragen der Europapolitik ein Referat zu halten, habe ich trotz der Enge meines Terminkalenders spontan zugesagt, weil mich die Diskussion auch reizte. Dabei war ich davon ausgegangen, dass es in der Schweiz nur wenig Neigung gibt, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten, so wie das jetzt die Zeitschrift «Wirtschaftswoche» bei uns unter der Überschrift «Schweizer

Starrsinn» formulierte. In diesem Artikel heisst es: «Aus heutiger Sicht steht ein Vollbeitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft realistisch nicht zur Diskussion, lautet der politische Konsens der Eidgenossen.»

Jedes Jahr treffe ich mindestens einmal Schweizer Nationalräte, dann, wenn das traditionelle Fussballturnier zwischen dem Schweizer Nationalrat, dem Österreichischen Nationalrat, dem Finnischen Reichstag und dem Deutschen Bundestag stattfindet, im Jahr 1968 übrigens begründet durch ein Spiel des Schweizer FC Nationalrat gegen die Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag in Magglingen, bei dem ich auch dabei war. Und schon im vergangenen Jahr diskutierte ich mit einem Schweizer Kollegen in Locarno die Frage: Was geschieht mit der Schweiz im Europäischen Binnenmarkt.

Es war kein sozialdemokratischer Kollege.

Bei unserem Turnier am vergangenen Wochenende in Finnland belehrte mich der frühere sozialdemokratische Nationalrat Francis Loetscher aus dem frankophonen Teil des Kantons Bern, dass es in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz viele Befürworter des EG-Beitritts gebe und darum das, was die «Wirtschaftswoche» schreibt, wohl nicht so ganz stimmt.

Ich renne deshalb bei manchem hier wohl offene Türen ein, wenn ich jetzt einige Argumente für die Europäische Gemeinschaft vortrage.

300 Einzelmassnahmen

Wir haben uns in der EG mit der Einheitlichen Europäischen Akte, die am 1. Juli 1987 in Kraft getreten ist, zum Ziel gesetzt, die Integration Europas mit Blickrichtung auf die

Schaffung einer Europäischen Union voranzutreiben.

Kernstück ist, das sagte ich schon, die Schaffung eines freien Binnenmarktes bis Ende 1992. Wir wollen eine engere Kooperation in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie eine Verbesserung der europäischen politischen Zusammenarbeit. Die Europäische Kommission hat in einem Weissbuch das Programm zur Verwirklichung des Binnenmarktes vorgelegt.

Beschliesst der Ministerrat bis Ende 1992 die im Weissbuch vorgeschlagenen 300 Einzelmassnahmen, die als rechtliche Voraussetzung für die Schaffung des Binnenmarktes notwendig sind – woran man zweifeln kann angesichts dessen, was bis jetzt beschlossen ist –, so entsteht mit 320 Millionen Menschen der grösste zusammenhängende einheitliche Wirtschaftsraum der Welt, grösser als der der USA und fast dreimal so gross wie der japanische Markt. Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit am Binnenmarkt war die Einigung der Mitgliedsstaaten auf dem Brüsseler Gipfel im Februar dieses Jahres.

Die Beschlüsse zur Finanzreform, die Verdoppelung der Mittel für den Strukturfonds sowie die kostendämpfenden Massnahmen im EG-Agrar-Bereich – die ich übrigens nicht für ausreichend halte – bilden die finanzpolitische Grundlage für die Arbeit am gemeinsamen Binnenmarkt und verschaffen, so hoffe ich, der europäischen Integration neuen Schwung und Zuversicht.

Vorteile des Binnenmarktes

● Nutzung eines grossen einheitlichen Wirtschaftsraums mit dem freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie dem freien Rei-

severkehr und Niederlassungsrecht für Personen.

- Europaweiter Zugang zu öffentlichen Aufträgen und die Möglichkeit, überall in der Gemeinschaft zu investieren.

- Freier Währungs- und Kapitalverkehr bis hin zu einer einheitlichen europäischen Währung.

- Vorteil grosser Produktionsserien und der rentable Einsatz von Technologien.

Alle diese Aspekte werden makroökonomische Aspekte haben, die in ihrer wirtschaftlichen Dimension noch gar nicht in vollem Umfang absehbar sind.

Da gibt es zwar jetzt den Bericht «Europa '92», ein Bericht über die Auswirkungen des Binnenmarktes, der im Auftrag der Kommission von einer Reihe von Wissenschaftlern unter Führung des Italieners Paolo Cecchini erstellt worden ist. Darin wird der wirtschaftliche Nutzen für die gesamte Gemeinschaft sehr hoch geschätzt. Es wird eine Erhöhung des Bruttoinlandproduktes der Gemeinschaft kurzfristig um durchschnittlich 5 Prozent erwartet. Das wären 400 Milliarden Schweizer Franken. Es wird mit einer Senkung der Verbraucherpreise um durchschnittlich 6 Prozent gerechnet. Man rechnet mit vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Aber ich bin vorsichtig mit solchen Prognosen. Ich habe bei uns in der Bundesrepublik zu oft erlebt, dass die Prognosen unserer Wirtschaftswissenschaftler nicht gestimmt haben, sie haben eigentlich nie gestimmt. Um es ironisch auszudrücken: Ich glaube Sachverständigen im Wirtschaftsbe-
reich nur dann, wenn sie aus der Statistik des Vorjahres ablesen. Ihre Prognosen über Wachstumsraten für die Zukunft betrachte ich mit grossem Misstrauen. Und so ergeht es

mir auch mit dem Cecchini-Bericht.

Aber eines ist sicher: Schon die Abschaffung der Grenzkontrollen wird uns viele Milliarden Ecu in der Gemeinschaft sparen. Und die konsequente Nutzung von Grössenvorteilen im Europäischen Binnenmarkt wird uns viele Milliarden Ecu sparen. Ich will mich da nicht auf Zahlen festlegen, aber es ist sicher, dass der Binnenmarkt grosse wirtschaftliche Vorteile für uns alle mit sich bringen wird.

Für die wirtschaftlich mehr entwickelten Staaten, dazu zählt die Bundesrepublik und würde auch die Schweiz zählen, wenn sie Mitglied wäre, eröffnen sich neue grosse Marktchancen.

Denn wir wissen ja alle, dass der Abbau von Zöllen innerhalb der EG und dann 1984 auch im Handel zwischen der EG und den Efta-Staaten noch nicht alle Handelsbarrieren abgebaut hat. Da gibt es nach wie vor die nichttarifären Hemmnisse, beispielsweise beruhend auf den unterschiedlichen Normen. Wenn es diese Hemmnisse nicht mehr gibt, dann öffnet sich für uns ein grosser Markt. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Lebensverhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft sehr unterschiedlich sind.

Lebensbedingungen angleichen

Deshalb ist es auch ein Ziel, gerade für uns Sozialdemokraten, die Lebensbedingungen möglichst anzugleichen, wohlweisend, dass uns das nicht in einer Generation gelingen wird. Deshalb haben wir deutschen Sozialdemokraten immer wieder auf eine beachtliche Erhöhung der Mittel im Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft gedrängt, der ja vor allem den ärmeren Mitgliedsstaaten zugute kommt.

Wir haben in der Diskussion innerhalb der Bundesrepublik immer darauf verwiesen, dass die Erhöhung der Mittel für den Strukturfonds der Preis dafür sei, dass wir einen Zugang zu einem so grossen Markt erhalten.

Diesen Preis müssen auch die anderen europäischen Staaten zahlen, die zu den entwickelten zählen. Und das meinte ich auch damit, als ich zu Beginn davon sprach, dass es keine Rosinenpolitik geben kann.

Jeder, der die Vorteile des grossen europäischen Binnenmarktes in Anspruch nehmen will, der muss auch die Lasten tragen, die dieser Markt aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen mit sich bringt. Für uns Deutsche ist der grosse Binnenmarkt ein Vorteil, und ich bin sicher, er wäre es auch für die Schweiz. Jeder dritte Franken, der in der Schweiz schon jetzt verdient wird, stammt aus den Handels- und Finanzbeziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft.

73 Prozent der Gesamtimporte kommen aus dem EG-Raum, und 55 Prozent der Ausfuhren gehen in die Länder der Gemeinschaft.

Interesse an der Schweiz

Ich will nicht verhehlen, dass die Europäische Gemeinschaft im Handel mit der Schweiz einen Überschuss von 17 Milliarden Franken erzielt, einen Überschuss, der beinahe das Defizit der EG gegenüber Japan ausgleicht. Damit mache ich deutlich, dass es ein hohes wirtschaftliches Interesse von seiten der EG gibt an der Mitgliedschaft der Schweiz. Natürlich weiss ich auch, dass aus Schweizer Sicht der Beitritt eine Reihe von Fragen aufwirft. Aber: Als die Norweger 1971 in einem Referendum den Beitritt Norwegens zur EG ablehnten,

kommentierte der damalige holländische sozialistische EG-Kommissar Sicco Mansholt die Entscheidung der Norweger so: «Ich verstehe ja, dass die Norweger Angst haben, der Gemeinschaft beizutreten, aber sie müssen mehr Angst haben, der EG nicht beizutreten.» Ich glaube, das gilt auch für die Schweiz. Aus Gesprächen mit norwegischen Kolleginnen und Kollegen weiss ich übrigens, dass es hier einen Umdenkungsprozess in Norwegen gibt. Der Beitritt Norwegens zur EG ist wieder ein Thema, so wie er auch ein Thema in Österreich ist. Ich weiss nur nicht, ob die Österreicher in ihrer Entscheidung so frei sind, wie es die Schweizer sind.

Ich wäre glücklich, es wäre so, ich wäre glücklich, wenn der österreichische Bundeskanzler Vranitzky mit seiner bei seinem Besuch in Bonn gemachten Feststellung recht behalten würde, dass der österreichische Staatsvertrag kein Hindernis ist für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft.

Hier hat es schon Warnungen aus Moskau gegeben.

Ich kann die österreichische Lage von mir aus nicht beurteilen, aber ich weiss eben mit Sicherheit: Die Schweiz ist in ihren Entscheidungen völlig frei. Es liegt an den Schweizern, hier die Entscheidung zu treffen. Niemand kann sie zwingen, der EG beizutreten, aber auch niemand kann sie hindern. Ich bin nicht so sicher, ob die Österreicher und Finnen die gleiche Freiheit haben, obwohl ich es mir sehr wünschte, weil auch sie gerngesehene Mitglieder der EG wären.

Ich kenne natürlich viele der Vorbehalte in der Schweiz gegen einen Beitritt. Ich weiss: Da ist die Schweizer Neutralität, und ich verstehe, dass die Schweizer diese Neutralität hüten wie ihren Augapfel, ange-

sichts der verheerenden Kriege, die in diesem Jahrhundert die meisten anderen europäischen Völker heimgesucht haben. Aber ich muss auch darauf hinweisen, dass wir im Jahre 1988 leben, dass Kriege, wie es sie in Europa in der Vergangenheit gab, nicht mehr kommen werden. Es ist das Verdienst der europäischen Integration, dass das so ist. Ich will dazu einen Schweizer Sozialdemokraten zitieren, Euren früheren Parteipräsidenten Walther Bringolf. In einem Artikel, den Jean-Pierre Ghelfi für die «Neue Gesellschaft», eine Zeitschrift, in der die theoretische Diskussion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführt wird, schon im Jahre 1972 geschrieben hatte, habe ich dieses Zitat gefunden.

Walther Bringolf analysierte den Integrationsprozess in Europa danach folgendermassen: «Das Ziel der europäischen Integration ist nach wie vor die Wahrung des Friedens in Europa in Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Sicherung der Vollbeschäftigung. Ein weiteres Ziel der europäischen Integration besteht darin, den Zusammenhalt des europäischen Kontinents zu festigen. Es gab eine Zeit, wo dieser Kontinent die Werkstatt der Welt war, diese Zeit ist vorbei. Nur ein europäischer Kontinent kann die Zusammenarbeit mit den Industriegiganten im Westen und Osten suchen und finden.» Besser als Walther Bringolf kann ich das Ziel, das wir uns mit der europäischen Einigung gesetzt haben, auch nicht beschreiben. Deshalb muss man sich in der Schweiz auch fragen, wie man Neutralität heute am besten bewahren kann. Man kann sie am besten bewahren, indem man dafür sorgt, dass es in Europa keinen Krieg mehr gibt, denn jeder von uns weiss: Ein dritter Krieg in diesem Jahrhundert in Euro-

pa wäre das Ende ganz Europas. Niemand würde dann mehr danach fragen, ob man sich für neutral erklärt hat.

Ziel: die Europäische Union

Wir wollen bei der Schaffung des Binnenmarktes nicht stehenbleiben. Wir wollen die Europäische Union. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa, so wie es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands schon in ihrem Heidelberger Programm von 1925 gefordert hat. Wir wollen diese Union mit allen Konsequenzen, bis hin zur gemeinsamen Sicherheitspolitik.

Wir wollen, dass das gute, alte Europa wieder eine Rolle spielt in der Welt, als friedienstiftende Kraft, als ein Garant des Friedens und der Zusammenarbeit. Deshalb wird die EG sich auch nicht nach aussen verschliessen dürfen, weder wirtschaftlich noch politisch. Wir Deutschen zumindest wollen auch in der EG den freien Welthandel, wir wollen keine geschlossene Gesellschaft werden.

Selbst wenn alle Efta-Staaten beiträten, wäre Europa noch nicht vollendet. Da bleibt immer noch Osteuropa, in dem die Völker sich liebend gern uns anschliessen würden, wenn sie nur könnten. Und da bleiben unsere Beziehungen zu den USA, zu den anderen Industrieländern, da bleibt unsere Verantwortung gegenüber Afrika, Asien und Lateinamerika.

Zurück zu dem, was wir im freien Teil Europas heute schon tun können, tun müssen, weil wir viele Probleme, ich nenne das Stichwort Umwelt, nicht mehr national lösen können.

Ich selbst wohne 15 Kilometer Luftlinie von der deutsch-französischen Grenze entfernt. Mir helfen deutsche Umweltschutznormen nur sehr wenig. Ich bin darauf angewiesen, dass in Frankreich hohe Umwelt-

schutznormen gelten, weil bei uns der Wind zumeist aus West und Südwest weht, die Flüsse aus Ostfrankreich irgendwo über Deutschland ihren Weg zur Nordsee finden. Bei mir ist es aber nicht nur der Verstand, der für eine europäische Einigung plädiert. Es ist auch das Herz.

Ich habe den Zweiten Weltkrieg als Kind miterlebt. Ich habe die Auseinandersetzung um meine saarländische Heimat zwischen Deutschland und Frankreich hautnah als aktiv Mitwirkender erlebt. Ich finde es heute beglückend, dass die deutsch-französische Grenze nicht mehr die Grenze ist, die ich als Kind erlebt habe, und ich zögere nicht zu sagen, dass ich mich in Lothringen, dass ich mich in Ostfrankreich mehr zu Hause fühle als in Norddeutschland, obwohl ich einst

gegen die französische Saarpolitik gekämpft habe, für die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik eingetreten bin.

Mit meinem Bekenntnis zu Europa stehe ich voll in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie. Ich habe schon auf das Heidelberger Programm hingewiesen. Aber die Forderungen nach einer europäischen Einigung lassen sich in der Geschichte der SPD noch weiter zurückverfolgen.

Schon in ihren Gründerjahren hatte sich die SPD der Zusammenarbeit zwischen den Nationen verpflichtet gefühlt. Im Leipziger Programmentwurf für einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – und Ihr wisst, dass wir in diesen Wochen das 125jährige Bestehen der SPD feiern – heisst es: «Unter deutscher Einheit ver-

steht die Arbeiterpartei den zentralistischen deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates an.» Nun habe ich in Vorbereitung dieses Referates mich auch kundig gemacht, soweit mir Unterlagen zugänglich waren, wie das denn in der Geschichte der Schweizer Sozialdemokraten aussieht. Ich habe ähnliche Formulierungen nicht gefunden. Aber ich habe in einem Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1920 den Hinweis gefunden, dass die schweizerische Sozialdemokratie mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer die nationalen Gegensätze beseitigen und die Solidarität aller Völker herstellen will.

Wir sollten in Europa damit anfangen.

Prag 1968 – und was daraus zu lernen ist

Systemwandel und Systemverteidigung

Von Ruedi Epple

Am 21. August ist es 20 Jahre her, seit Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei einmarschierten. Damals setzten die Tschechen und Slowaken der militärischen Okkupation spontan gewaltfreien Widerstand entgegen und realisierten damit Ansätze einer alternativen Verteidigungsform. Doch so wenig sich Armeen per Dekret oder Volksentscheid abschaffen lassen, so wenig lässt sich eine alternative Verteidigungsform, wie sie 1968 in der ČSSR ansatzweise praktiziert worden ist, ohne gesamtgesellschaftlichen Systemwandel realisieren.

20. August 1968: In den späten Abendstunden überschritten

Truppeneinheiten aus der Sowjetunion, der DDR, aus Polen, Bulgarien und Ungarn die Grenzen der verbündeten Tschechoslowakei (ČSSR). Ihr Ziel war es, die Kontrolle über die ČSSR zurückzugewinnen, um deren Politik wieder nach eigenen Interessen formen zu können. Dem «Prager Frühling», dem Versuch, in der ČSSR einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» zu verwirklichen, sollte ein Ende bereitet werden.

Die «Bruderhilfe»

Die politischen Führungskräfte des Warschauer Paktes fühlten sich durch die tschechoslowakischen Bestrebungen, Sozia-

lismus, Demokratie und Freiheit in Einklang zu bringen, bedroht. Sie befürchteten, ihre Untertanen könnten ebenfalls von der «Dubček-Krankheit» befallen werden und das Machtgefüge ihres Landes ins Wanken bringen. Sie bangten um die Einheit des Ostblocks und die Sicherheit der Westgrenze.

«In Beantwortung des Hilferufs führender Vertreter der Partei und des tschechoslowakischen Staates», hiess es in der Verlautbarung des Warschauer Paktes zum Einmarsch, und im Namen der «Freundschaft und Brüderschaft der Völker der sozialistischen Länder» schickten sie ihre Truppen «dem tschechoslowakischen Volke» gegen